

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 23.01.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

stellv. Vorsitzende

Herr Kaufmann

Herr Pieplau

(ab 17.20 Uhr)

Frau Weißefeld

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Frau Jansen

Herr Wasyliw

Herr Weber

(bis 18.50 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood

Vorsitzender

Frau Kloss

Frau Mann

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

Herr Buschmann

FDP-Gruppe

Frau Huber

Seniorenrat

Herr Winkelmann

Beirat für Behindertenfragen

Stellv. beratendes Mitglied

Herr Teutrine

FDP-Gruppe

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Dr. Jostmeyer

Herr Metzger
Herr Bergen

Herr Wörmann

Herr Linnenbürger

Dezernat 5
Dezernat 3
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Bauamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Stab Dezernat 5

Gäste:

Frau Hopster

AGW

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Herrn Teutrine als neues stellvertretendes beratendes Mitglied der FDP-Ratsgruppe**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt Herrn Teutrine als neues stellvertretendes beratendes Mitglied der FDP-Ratsgruppe und verpflichtet ihn nach folgender Formel mit Handschlag:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werden.“

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 30. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.11.2017****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 30. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 28.11.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3**Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****Information zum Thema Masern-Impfung**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf eine Mitteilung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes, die den Mitgliedern per Mail zugegangen ist (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 3.2 MediNetz Bielefeld, Infobrief Nr. 3

Vorsitzender Herr Hood verweist auf einen ihm zugegangenen weiteren Infobrief des MediNetzes Bielefeld. Der Flyer wird verteilt und im Ratsinformationssystem zur Recherche eingestellt.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Pflegebedürftige Menschen unter 60 Jahre in stationären Einrichtungen in Bielefeld (Anfrage der SPD-Fraktion vom 08.01.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5988/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort der Verwaltung.

Es gibt keine weiteren Fragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2 Bericht zur Wildschweinjagd am 09.01.2018 (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 11.01.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6034/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die vorliegende Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Auf Fragen von Herrn Gugat führt Herr Dr. Jostmeyer u. a. aus, dass durch Essensreste an den Rastanlagen und des Tausalzes an der Taumittelsprühanlage am Bielefelder Berg, der Bereich der Autobahn A2 als Risikogebiet für die Ausbreitung der Schweinepest eingestuft werde.

Auf Nachfrage teilt Beigeordnete Frau Ritschel mit, dass der Ausschuss, auch unabhängig von der Anfrage, über die Wildschweinjagd informiert worden wäre.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

*Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu TOP 7.
(s. Protokollierung unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt im
späteren Teil der Niederschrift)*

Zu Punkt 6 Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5944/2014-2020

Herr Metzger erläutert eingehend das vorliegende Bewilligungsergebnis der Wohnungsbauförderung im Jahr 2017.

Fragen von Herrn Gugat, Frau Gorsler, Herrn Weber, Frau Bußmann und Herrn Bolte werden von Herrn Metzger beantwortet. Beigeordneter Herr Nürnberger teilt ergänzend mit, dass sich die Stadt Bielefeld aufgrund der stark rückläufigen Flüchtlingszahlen entschieden habe, nicht weiter die Sonderförderung für den Bau von Flüchtlingshäusern in Anspruch zu nehmen. Zukünftig werde ausschließlich die Förderung des allg. sozialen Wohnungsbaus betrieben. Diese Wohnungen würden dann keinem speziellen Personenkreis vorbehalten sein.

Herr Bolte fordert dazu auf, künftig eine kontinuierliche Planung des sozialen Wohnungsbaus zu betreiben. Diese kurzfristigen Reaktionen seien teuer und in Bezug auf den zur Verfügung stehenden Grund und Boden nur schwer umzusetzen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7 Fortschreibung des Berichts "Lebenslagen und soziale Leistungen" für das Jahr 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5616/2014-2020

Herr Bergen erläutert die wesentlichen Punkte der Fortschreibungsergebnisse (**Anlage 3**).

Auf Fragen von Herrn Buschmann, Herrn Weber, Frau Kloss und Frau

Bußmann führt Herr Bergen aus, dass eine Evaluation einzelner Maßnahmen aufgrund der Kostenintensität und der vielschichtigen Einflussfaktoren häufig nicht möglich sei. Je größer die Bedarfsgemeinschaft, desto höher sei auch die Verweildauer der dazugehörigen Kinder im SGB-II-Bezug. Ein neuer umfassender Lebenslagenbericht - dann auch mit sozialräumlicher Darstellung- sei für die zweite Jahreshälfte 2018 geplant.

Herr Weber bittet darum, die Jugendarbeitslosigkeit besser darzustellen.

Herr Brücher stuft den Handlungsbedarf als erschreckend ein und bewertet die beschlossenen INSEK-Programme als richtigen Weg. Er warnt davor, sich in der momentanen guten Wirtschaftslage auszuruhen.

Die Mitglieder bedanken sich für den Bericht.

Vorsitzender Herr Hood macht deutlich, dass die reine Zusammenstellung von Zahlen die Probleme nicht löse. Wichtig sei es, dass Stadtgesellschaft es schaffe, den Auswirkungen von Armut entgegenzuwirken. Hier sei auch die Politik gefragt, die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Er bittet die Verwaltung, bei der Erstellung des nächsten Lebenslagenberichtes die Erkenntnisse aus dem Lernreport, dem Gesundheitsbericht, dem Altenbericht und den Quartiersberichten miteinander in Verbindung zu setzen. Er fordert dazu auf, ressort- und dezernatsübergreifend zu denken und Überlegungen zu wagen, aus denen zielführende Maßnahmen entwickelt werden könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Aufbau einer Ziel- und Maßnahmenplanung für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5707/2014-2020

Frau Krutwage stellt die in 2017 gemeinsam mit den Trägervertretern erzielten Ergebnisse vor. Sie hebt explizit hervor, dass in einem sehr guten fachlichen Austausch Träger und Verwaltung die jeweils andere „Seite“ für deren Belange sensibilisieren konnte. Bei den vorliegenden 107 Maßnahmeplanungen seien 60 Einrichtungen involviert gewesen. Im Rahmen von Reflektion solle durch gute Ideen nun ein fokussierter Ressourceneinsatz erzielt werden. Dies biete eine gute Grundlage für ein zukünftiges dialogisches Verfahren.

Frau Mann bewertet die dargestellten Ergebnisse als gute und strukturierte Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre.

Herr Weber betrachtet die vorliegenden Ergebnisse als einen guten Einstieg in die zukünftigen Beratungen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen. Mit einer Beschlussfassung über den FDP-Antrag könne dann die weitere Richtung, unter Berücksichtigung des politischen Willens, vorgegeben werden.

Für Frau Gorsler macht der Bericht deutlich, dass es wichtig sei, in diesem Entwicklungsprozess Zeit zu investieren, um durch Transparenz prozess- und zielorientierte Ergebnisse zu erhalten. In der Zusammenfassung werde eine Verbesserung der Inhalte sichtbar. Die politischen Vertreter hätten so besser die Möglichkeit, die einzelnen Maßnahmen inhaltlich besser zu erfassen.

Frau Hopster verweist auf die in die Vorlage aufgenommene Stellungnahme der AGW zum Prozess der Ziel- und Maßnahmeplanung. Sie räumt ein, dass es zu Beginn eine gesunde Skepsis gegeben habe. Diese sei im Laufe des Verfahrens einer neuen Qualität der Zusammenarbeit zwischen Träger und Verwaltung gewichen. Das Verfahren sei sehr gut, ersetze aber keinesfalls den Dialog und könne auch ein Arbeitsfeld in seiner Gesamtheit nicht beurteilen. Für die Politik biete es allerdings gute Einblicke in die Veränderung der Arbeitsbereiche. Aus der Zusammenarbeit der letzten Monate habe sich eine Zusammenarbeit zwischen den Trägern und der Verwaltung entwickelt, die neu und gut sei.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für die Berichterstattung.

Vorsitzender Herr Hood dankt den Trägern und der Verwaltung, dass sie sich auf das neue Instrument eingelassen haben. Dadurch konnten Erkenntnisse für die nächste Förderphase gewonnen werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8.1

Antrag der FDP-Gruppe vom 28.11.2017 zu TOP 10 (SGA 28.11.2017)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5866/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood ruft nunmehr den Antrag der FDP auf. Er weist darauf hin, dass zum Ende des Jahres 2018 die neue Verhandlungsphase beginne. Angestrebt werde, dass die Verhandlungen bis zum 30.06.2019 abgeschlossen seien. Die Verträge könnten dann planungssicher, ein halbes Jahr vor Ablauf der derzeitigen Vertragsperiode, unterzeichnet werden.

Herr Buschmann weist darauf hin, dass der Antrag der FDP nicht als Kritik an den Maßnahmen und Tätigkeiten von Trägern und Verwaltung verstanden werden solle. Aus Sicht der FDP habe die Politik die Zielplanung vorzugeben und im zweiten Schritt müsse die Verwaltung dann versuchen, mit den Anbietern (Träger) in einem dialogischen Verfahren diese Ziele umzusetzen.

Vorsitzender Herr Hood macht darauf aufmerksam, dass bei den derzeit gültigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ein Eckpunktebeschluss der Politik die Grundlage für die Verhandlungen der Verwaltung mit den Trägern gewesen sei.

Herr Buschmann kritisiert den letzten Satz der Informationsvorlage, Drucks.-Nr. 5707/2014-2020, in dem die Einflussnahme der Politik auf die Zielsetzung nicht ausreichend berücksichtigt werde. Er fordere deshalb, entsprechend dem vorliegenden Antrag, dass die Politik von der Verwaltung über mögliche Ziele informiert werde, die Entscheidung darüber allerdings durch einen politischen Beschluss herbeigeführt werden müsse.

Herr Brücher bittet Herrn Buschmann, die Zielrichtung seines Antrages zu verdeutlichen, da Politik nach seiner Auffassung über Anträge in Ausschüssen und Rat ausreichende Einflussnahmemöglichkeiten habe.

Frau Weißenfeld erinnert an die beim letzten Mal geäußerte Kritik an dem Eckpunktebeschluss im Rat und die anschließende Behandlung in den Fachausschüssen.

Herr Weber fordert eindringlich dazu auf, mit der Beteiligung der Politik im Herbst 2018 zu beginnen. Er sieht den Antrag der FDP in den Erfahrungen der Vergangenheit begründet. Seinerzeit sei die Politik erst kurz vor Erreichen der Beschluss-Deadline einbezogen worden. Um eine Wiederholung dieses Vorgehens zu verhindern, unterstütze die CDU-Fraktion den Antrag der FDP.

Herr Buschmann ergänzt, dass für ihn wichtig sei, dass sich Verwaltung und Träger darüber im Klaren sein müssen, dass die erzielten Gesprächsergebnisse als Grundlage für eine Diskussion mit der Politik seien. Bei der entsprechenden Zielsetzung könne dann auch eine Bedarfsgenerierung festgelegt und eine Budgetfestlegung erfolgen.

Beigeordneter Herr Nürnberger rät dazu, die Ziele vor der Befassung durch den Rat in den Fachausschüssen zu besprechen. Die Verwaltung werde bemüht sein, die Politik mit Informationen zu versorgen. Unabhängig davon liegen bereits viele beschlossene Anträge aus der Politik vor, die bei der Beauftragung der Verwaltung mit Verhandlungen mit den Trägern berücksichtigt werden müssten. Die Verwaltung halte es ebenfalls für nötig, ab Herbst 2018 mit der politischen Diskussion über die Zielsetzungen zu beginnen.

Frau Gorsler äußert ihre Bedenken darüber, dass mit dem vorliegenden FDP-Antrag der Rat dazu aufgefordert werden soll, zu beschließen, dass er im Herbst etwas beschließen solle. Für sie scheinen alle Anwesenden darüber einig zu sein, dass es mehr Raum für politische Diskussion über die Schwerpunktsetzung geben müsse. Sie schlägt daher vor, diese einhellige Meinung im Protokoll festzuhalten und somit eine Verbindlichkeit für alle Beteiligten zu erzielen.

Frau Mann schließt sich den Ausführungen von Frau Gorsler an.

Vorsitzender Herr Hood fasst zusammen, dass sich alle darüber einig seien, dass sich ab Herbst 2018 intensiv mit der Fragestellung: Welche Ziele, welche Rahmenbedingungen werden für die nächste Vertragsperiode festgelegt? beschäftigt werde. Darüber hinaus werde im Frühjahr 2019 ein Zwischenbericht über die Verhandlungen erwartet und im Sommer (Juni) 2019 die Beschlussfassung in den Fachausschüssen und im Rat angestrebt. Er macht noch einmal deutlich, dass Verwaltung und Politik in diesen Verhandlungen Auftraggeber und die Träger Auftragnehmer

seien.

Herr Buschmann erklärt, dass ihm eine politische Mehrheit bzw. Einstimmigkeit für eine verbindliche Diskussionsaufnahme ab Herbst 2018 wichtiger sei, als eine Ablehnung des Antrages aufgrund von formalen Bedenken. Es sei deshalb damit einverstanden, dass über den Antrag nicht abgestimmt werde.

Zu Punkt 9

Zwischenbericht zur Inklusionsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5563/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Entwicklung der bisherigen Inklusionsplanung (**Anlage 4**). Er dankt dem Beirat für Behindertenfragen und der Politik für die Geduld in dem langen Entwicklungsprozess. Er macht aber auch deutlich, dass bestimmte Maßnahmen nur mit der Bereitstellung der entsprechenden Finanzressourcen im Haushaltsplan umgesetzt werden könnten.

Frau Gorsler bedankt sich für die ausführliche Darstellung. Bei der Umsetzung der Maßnahmen müsse bedacht werden, dass Inklusion mehr als nur die Maßnahmen zur Integration seien. Die Veränderung müsse in den Köpfen der Menschen stattfinden, die nicht von Behinderung betroffen seien. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erschienen sinnvoll, aber Unterschiedlichkeit sollte selbstverständlich sein, nur dann sei Inklusion erfolgreich. Unterstützung müsse zur Selbstverständlichkeit werden. Auch für Menschen mit besonderen Ansprüchen bzgl. des Wohnraums sei die Situation am Wohnungsmarkt inakzeptabel.

Herr Winkelmann dankt Frau Gorsler für ihre Ausführungen. Die Inklusionsplanung sei für alle Menschen gedacht, nicht nur für behinderte Menschen. Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen erinnert er an einen Satz des früheren Sozialdezernenten Herrn Kähler: „Inklusion gibt es nicht umsonst“. Dies bittet er bei den Beschlüssen zur Inklusionsplanung zu berücksichtigen.

Herr Weber stimmt Frau Gorsler und Herrn Winkelmann zu und fordert die Verwaltung auf, zu gegebener Zeit eine Priorisierung der Maßnahmen vorzuschlagen, so dass auch im Finanz- und Personalausschuss die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden können.

Frau Mann äußert den Wunsch, bei der Fortschreibung eine stärkere Konkretisierung in bestimmten Maßnahmefeldern vorzunehmen. Sie sehe aber auch die Parteien in der Pflicht, bei Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung für politische Themen, inklusiver zu agieren und auf die Menschen zuzugehen.

Frau Weißenfeld berichtet von der Mit-Mach-Konferenz, in der deutlich geworden sei, wie stark auch die Resonanz von Menschen mit Behinderung sei. Frau Krutwage beantwortet Fragen zur ergänzenden unabhängigen Therapeutischen Beratung (euTB).

Frau Hopster macht deutlich, dass die finanzielle Ausstattung im Bereich der Inklusion sehr entscheidend sei.

Vorsitzender Herr Hood bewertet den Zwischenbericht als positiven Zwischenschritt in dem großen Bereich der Inklusionsplanung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. **Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Zwischenbericht zur kommunalen Inklusionsplanung zur Kenntnis.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmenvorschläge zu konkretisieren und weiterzuverfolgen. Über ggf. erforderliche Finanzmittel und zusätzliche Personalressourcen ist im Rahmen künftiger Haushaltsberatungen zu entscheiden.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Inklusionsplanung fortzusetzen und auf weitere Handlungsfelder auszuweiten.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 Sprach- und Kulturmittler*innen – Verfahren zur Abrechnung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5967/2014-2020

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 11 Integration von Flüchtlingen

Beigeordneter Herr Nürnberger informiert über die Entwicklung der Zuweisungen und des Familiennachzugs (**Anlage 5**).

Herr Gugat bittet darum, Zahlenmaterial bereits im Vorfeld der Sitzung im Ratsinformationssystem zu veröffentlichen. Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass diese Aufstellung tagesaktuell sei. Die Verwaltung werde sich bemühen, zukünftig die Zahlen eher zur Verfügung zu stellen.

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hood
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)